

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

12. März 1958

245/J

A n f r a g e

der Abgeordneten K a n d u t s c h und Genossen
 an den Bundesminister für Finanzen,
 betreffend die steuerliche Begünstigung der Forschungstätigkeit.

- - - - -

In einem ungewöhnlich großen, aber verständlichen Ausmaß beschäftigt sich die österreichische Bevölkerung mit den Problemen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs im Rahmen der bevorstehenden wirtschaftlichen Integration Europas. Die Zweiteilung der Bemühungen - hier beschlossene europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dort Freihandelszone im Stadium der Diskussion - und die sich abzeichnende Rezession, die natürlich eine Auswirkung auf den österreichischen Export haben wird, beunruhigen die Öffentlichkeit. Wenn maßgebende Funktionäre des Staates und der Interessenorganisationen immer wieder den Versuch unternehmen, die Sorge weiter Kreise dadurch zu mildern, daß sie neue Kataloge der österreichischen Sonderwünsche ausarbeiten und deren Vorlage bei den entsprechenden internationalen Stellen versprechen, so überzeugt dieses Vorgehen keineswegs. Anlässlich der Besuche maßgeblicher Persönlichkeiten sowohl der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als auch der Freihandelszone in jüngster Zeit wurde unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß man Österreichs Wirtschaft, international gesehen, hoch einschätzt, zum mindesten so hoch, daß irgendwelche übertriebenen Sonderwünsche, die ein unterentwickeltes Land anmelden könnte, nicht gerechtfertigt sind.

Nach Auffassung der anfragestellenden Abgeordneten sollte deshalb die Energie der zuständigen Stellen Österreichs darauf gerichtet sein, jene Maßnahmen zu ergreifen, die eine echte und wirksame Vorbereitung für die schweren Aufgaben darstellen, die unserem Lande gestellt sind. In diesem Zusammenhang müssen einige negative Erscheinungen aufgezeigt und ihre positive Lösung verlangt werden. Integration und Automation verlangen die Mobilisierung jeder nur denkbaren Kapitalsquelle, um die zur Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit notwendigen Investitionen vornehmen zu können. Bedauerlicherweise gibt es in diesem Punkt grundsätzliche Divergenzen zwischen den Regierungs- parteienv, die befürchten lassen, daß auch in dieser Materie erst unter dem Druck der Verhältnisse - und dann zu spät - eine Einigung erzielt werden kann, so wie dies bei dem eben fertiggestellten Zolltarif der Fall war.

14. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 12. März 1958

Neben dem Kapital ist die Bildung von höherem (geistigem) Kapital nicht minder wichtig. Wir beobachten gerade auf diesem Gebiet einen großen Wettlauf zwischen den Staaten der westlichen und der östlichen Hemisphäre und müssen mit großer Besorgnis feststellen, daß die Ausbildung von Technikern in Österreich ganz besonders weit zurückgeblieben ist. Das Unterrichtsministerium hat zum Beispiel bekanntgegeben, daß im vergangenen Jahr nicht weniger als 50 Prozent aller Bewerber, die eine mittlere technische Lehrlanstalt besuchen wollten, abgewiesen wurden, weil es am nötigen Schulraum und den sonstigen Einrichtungen fehlte. Andererseits wird aber die Beobachtung gemacht, daß fertige Techniker nach Absolvierung ihres Hochschulstudiums sehr häufig Österreich verlassen und so das in sie investierte Erziehungskapital in andere Länder tragen. Dabei ist nicht nur die höhere Entlohnung für technische Dienstleistungen in ausländischen Industrien maßgebend. Die österreichische Industrie zahlt qualifizierten Arbeitskräften keine schlechten Löhne mehr, wozu noch kommt, daß das Normaleinkommen durch die in Österreich geübte Subventionspolitik real wesentlich verbessert wird. In vielen Fällen ist es der Ehrgeiz, wissenschaftlich in der Forschung tätig zu sein, der junge Techniker bewegt, in Länder zu gehen, in denen sich ihnen ein großzügiges ^{res} Betätigungsfeld eröffnet. Mit dem Absinken der Forschungstätigkeit, und zwar gleichgültig, ob es sich um Grundlagen- oder Zweckforschung, handelt, wird uns demnach ein doppelter Schaden zugefügt: einmal ist es das Zurückbleiben unserer eigenen technischen Entwicklung, zum anderen der Verlust besonders guter Fachkräfte. Es sind die Patentanmeldungen beim Österreichischen Patentamt in den letzten drei Jahren beträchtlich zurückgegangen. Ebenso betrug im Jahre 1957 der Exportwert an Maschinen nur mehr 50 Prozent des Importwertes.

Das alles sind alarmierende Erscheinungen, denen man längst hätte durch eine planmäßige Förderung der Forschung und ihrer Organisation begegnen müssen. Die zusammenfassende Organisation zur Vermeidung von unnötiger Doppelgeleisigkeit sollte durch den zentralen Forschungsrat gewährleistet werden, der aber leider bis jetzt nicht zustande kam. Die materielle Förderung der Forschungstätigkeit soll nach dem immer wieder vorgebrachten Wunsch der Wissenschaft und der Industrie durch steuerliche Begünstigung ermöglicht werden. Diese ist in anderen und wirtschaftlich stärkeren Ländern längst verwirklicht. So gestatten die USA die Absetzung von 20 - 30 % des Gewinnes als Spenden für Forschungszwecke; in Westdeutschland liegt diese Zahl bei 10 % vom Gewinn und 2 % vom Umsatz und in England sind Spenden für Wissenschaft und Forschung in unbeschränkter Höhe frei, sofern die Notwendigkeit dieser

15. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 12. März 1958

Forschungstätigkeit bewiesen werden kann. Das sind eindrucksvolle Beispiele dafür, wie groß die Anstrengungen anderer Staaten sind, ihre Forschung abzukurbeln. In Österreich ist dieses Problem keineswegs neu. In den letzten Jahren sind immer wieder Forderungen an das Bundesministerium für Finanzen herangetragen worden, wobei zweifellos die Intervenienten geglaubt haben, für ihre Forderung bei einem Bundesminister Verständnis zu finden, der vor seiner Berufung selbst Wissenschaftler und akademischer Lehrer war. Trotz vieler Aussprachen und Sitzungen ist aber bis heute nichts geschehen. Das Argument, der Staat könne infolge der angespannten Budgetlage einen Steuerausfall nicht riskieren, ist nicht zutreffend, zumal die Steuersenkungen durch ihren leistungshebenden Effekt dem Staat keine Verluste, sondern im Gegenteil Steuermehreingänge brachten. Die gleiche Wirkung würde natürlich auch bei der Förderung der Forschung durch steuerliche Begünstigungen schon sehr bald eintreten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

Anfrage:

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, seine Ansichten über die Notwendigkeit von Förderungsmaßnahmen für die Forschungstätigkeit durch steuerliche Begünstigung von hiefür zweckgebundenen Spenden bekanntzugeben?
2. Wenn der Herr Bundesminister die Ansicht der anfragestellenden Abgeordneten bejaht, wird gebeten, bekanntzugeben, bis zu welcher Höhe und in welcher Form er die Absatzmöglichkeit solcher Spenden für richtig und tragbar hält.
3. Der Herr Bundesminister wird um Bekanntgabe gebeten, warum es bisher nicht möglich war, den durchaus plausiblen Wünschen unserer Wissenschaft und Wirtschaft Rechnung zu tragen, obwohl in den anderen Staaten solche Maßnahmen schon lange mit gutem Erfolg getroffen worden sind.